

Forum: „Bildungsbericht 2020“

Input: Prof. Dr. Kai Maaz (DIPF)

Kommentar: Katharina Kopp (DJI), Doreen Sibernik (GEW)

Moderation und Co-Moderation: Oliver Bokelmann (WWU/ MINDFUL), Mareike Schmidt (AGJ)

Kernthesen des Berichts

Herr Prof. Dr. Kai Maaz führt in den Bildungsbericht 2020 ein. Der Bildungsbericht biete eine evaluative Gesamtschau, welche nicht nur auf Schule ausgerichtet sei, sondern den gesamten Bildungsverlauf beleuchte und daher zu einer Gesamtstrategie beitrage. Es seien Daten von 2018 hinsichtlich Einzelbefunden, Trends und Entwicklungen in Bezug auf die Systembeobachtung (wesentl. Aspekte des Bildungssystems), -kontrolle (Leistungs- und Qualitätsmaßstäbe) und -diagnostik (Trends und Problemlagen) analysiert worden, wobei der Indikatorenansatz in Sekundäranalysen verfolgt werde. Erkenntnisse seien, dass die Ursachen von Armut konstant blieben, insbesondere im Bereich der Bildungsarmut. Der seit vielen Jahren steigende Trend zu höherer Bildung sei teilweise rückläufig; es stiegen die Bedarfe für formal gering Qualifizierte. Durch eine höhere Durchlässigkeit würden Qualitätsstandards teilweise nicht mehr erreicht. Durch die zunehmende Digitalisierung werde digitale Technik Hilfsmittel für und Gegenstand von Bildungsprozessen, benötigte digitale Kompetenzen seien hierbei noch nicht ausreichend definiert. Für den Ausbau und Umbau der Bildungseinrichtungen bedürfe es eines über alle Bildungsbereiche hinausgehendes gemeinsames Verständnis qualitativ hochwertiger Bildung sowie kontinuierlicher Austausch- und Abstimmungsprozesse. Bezogen auf die Kinder- und Jugendhilfe würden in der Statistik vor allem Angebote öffentlich geförderter Kinder- und Jugendarbeit sowie zu ehrenamtlichem Engagement in Vereinen und Verbänden analysiert.

Zusammenfassung der Praxis-Kommentare

Frau Doreen Sibernik kommentiert, dass ihr das Bild von Medizinern zur Diagnostik des Bildungssystems vor Augen komme, bei dem die Frage entstehe, wer die Rezeptur ausstellt und eine Therapie verordnet. Der Bildungsbericht sei im Coronajahr untergegangen, obwohl noch nie so viel über Schule und Digitalisierung gesprochen worden sei. Gelungen am Bericht sei die Aufnahme der frühen Bildung und der Kita als Orte der Bildung. Hierdurch finde eine Verankerung statt. Kritisch bemerkt sie, dass keine konkreten Empfehlungen zu politischen und pädagogischen Handlungsmaßnahmen gegeben würden, wodurch der Transfer erschwert werde. Generell würden mehr Transferdebatten benötigt, die auch von der GEW weiter vorangetrieben werden müssten. Es fehle an einer zielgerichteten Steuerung, an der Einbeziehung der Perspektive der Beschäftigten und der Einführung eines Sozialindex für alle Felder der Bildung. Es bleibe bei der Feststellung, dass es an Finanzierung mangle. Vor allem bei der Digitalisierung fehle es an überzeugenden Strategien zur Implementierung.

Die Kommentierung von Frau Katharina Kopp geht zunächst auf die provokante These ein, ob denn die Kinder- und Jugendhilfe im Bildungsbericht vertreten sein solle. Das DJI setze sich dafür ein, dass frühe Bildung und alles, was außerhalb von Schule im Bildungsbereich stattfindet, sichtbar werde. Die Jugendhilfe sei im Bericht nicht ausreichend abgedeckt, zentrale Themen aus dem außerschulischen Bereich müssten aufgenommen werden. Sie würde sich für den Bildungsbericht wünschen, dass spezifischer auf aktuelle Entwicklungen eingegangen werden könnte, sieht aber auch die Berechtigung auf bundespolitischer Ebene, bestimmte Daten immer wieder in den Bericht aufzunehmen, um Entwicklungen über einen langen Zeitraum nachzeichnen zu können. Hier fehle es an der Ebene der Länder, Überschneidungen zum

Bund auszumachen und die Landesbildungsberichterstattung einzubeziehen, um den Transfer und Vergleich anzuregen. Die Bereitstellung von Daten durch die statistischen Landesämter müsse politisch gefordert und der Austausch unterstützt werden. Bestimmte Daten müssten verpflichtend erhoben werden, gerade zu den Themen Kindertagesbetreuung, Ganzttag, Schulsozialarbeit.

Diskussion

Die Berichterstattung werde als eine Voraussetzung für Politikberatung gesehen, daher stelle sich die Frage nach geeigneten Sozialindikatoren - auf Landesebene gäbe es keinen anderen Indikator als Schul-/Berufsabschlüsse. Schon 2005 seien die Themen Datenqualität und -verfügbarkeit diskutiert worden und das Erfordernis einer Individualdatenbasis mit vorgeschobenen Datenschutzgründen abgewiesen worden. Dem wurde entgegnet, dass die Stärke des Berichts in der dezidierten Analyse bereichsspezifischer Perspektiven liege und es daher keine Handlungsempfehlungen geben dürfe. Um Änderungen zu erreichen, müssten die Traditionen der Länder beachtet und kleinschrittig auf der Metaebene Forderungen formuliert werden. Hier wurde kommentiert, dass eine Lebenslagendifferenzierung über Daten ermöglicht werden müsste, da Bildungsverläufe im derzeitigen Bericht nicht abgebildet werden könnten und so die Ungleichheitsdiskussion nicht vorankomme.

Es wurde hinzugefügt, dass über die fehlenden Schlussfolgerungen auf objektive Daten geschlossen werden könnte, diese hätten jedoch eine politische Färbung. Wenn bspw. außerschulische Jugendbildung und Weiterbildung nicht vorkämen, seien sie im öffentlichen/politischen Diskurs nicht sichtbar. Durch die Indikatoren würden politische Probleme adressiert, womit die Wissenschaft überfordert sei und daher der Transfer eine neue Rolle bekommen sollte, mit der stärkeren Fokussierung von ko-konstruktiven Arbeitsprozessen.

Weiterführende Fragen, Themen und Anliegen

Wie gelingt es, die Bildungsorte der Kinder- und Jugendhilfe auch im Bildungssystem zu verankern? Schulen seien nicht nur Orte des formalen Lernens, sondern Orte multiprofessioneller Teams, Orte der privaten und sozialen Begegnung. Es müsse ins Leben begleitet werden, statt nur Qualifikationen bereitzustellen.

Ist der Vergleich zwischen den Ländern überhaupt politisch gewollt angesichts der zögerlichen Herausgabe von landesbezogenen Daten? Die Datenbasis müsse verändert werden, wenn wir Schule betrachten wollen (Lebenslagendifferenzierung und Sozialindex).

Existieren der Wissenschaft und Politikberatung dienliche Strukturen in der amtlichen Statistik? Die Position der Kultusministerkonferenz müsse gestärkt sowie deren Arbeitsprozesse effizienter gestaltet werden, um länderübergreifend zu handeln.

Wie können Transfer und Diskussionsformate initiiert werden, die einen empirisch fundierten Diskurs fördern?